

# Wem ich meine Freiheit verdanke

## Angela Davis schrieb das Vorwort zum Prozeßbericht Klaus Steinigers

Während der letzten Jahre bemerkte ich, daß ich mich mehr und mehr mit der Zeit der frühen Siebziger beschäftigte, als ich mich wegen der mir vorgeworfenen Kapitalverbrechen Mord, Menschenraub und Verschwörung in Untersuchungshaft befand. Nicht weil ich es für notwendig erachte, persönlich an diesen Erinnerungen festzuhalten. Zwar war es ein aufregender, überwältigender und oftmals beängstigender Abschnitt meines Lebens, und ich möchte jene Zeiten so lebendig wie möglich im Gedächtnis behalten. Aber vor allem will ich in der derzeitigen Epoche des globalen Krieges gegen „Terror“, der konservativen Anstrengungen, den zerfallenen Wohlfahrtsstaat wieder ins Gleichgewicht zu bringen, des alles durchdringenden Rassismus im Erziehungswesen und im Gefängniswesen betonen, daß in meinem Fall eine gewaltige internationale Massenbewegung unwiderruflich über den Staat triumphiert hat. Wenn ich im Jahr 2009 an die Geschichte meines Prozesses und an die Kampagne denke, die uns zu einem siegreichen Abschluß führte, geht es mir nicht in erster Linie um meine Geschichte, sondern um die Möglichkeiten kollektiver, grenzüberschreitender Solidarität.

Heute sind die Auswirkungen des globalen Kapitalismus auf die Menschen weitaus gewaltiger als alles, was wir uns damals – selbst in unseren leidenschaftlichsten Anstrengungen gegen die Macht des Kapitals – vorstellen konnten. Wir hielten die Gegenwart für etwas Änder- und Umwandelbares. Auch heute müssen wir imstande sein, sie uns als wandelbar vorzustellen. Wir müssen unser kollektives Vertrauen in eine Zukunft setzen, die von den Gemeinschaften des Kampfes geschmiedet wird – von Arbeitern, Studenten, Künstlern, Gefangenen, mit Menschen von unterschiedlichem rassischen, ethnischen und nationalen Hintergrund.

In Anbetracht dessen freut es mich sehr, daß Klaus Steinigers erhellender Bericht über den Prozeß und die

Bewegung rund um meinen Fall erneut veröffentlicht wird. Und es ist mir eine große Ehre, ein paar einleitende Worte zu dem Buch „Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte“ beizusteuern. Die beeindruckende Aktion „Freiheit für Angela Davis“ in der DDR hat mich in

Sie dem Buch entnehmen werden, befand ich mich zu jener Zeit in Untersuchungshaft in einem Gefängnis Kaliforniens. Man berichtete mir, welche Ausmaße die Bewegung in der DDR angenommen hatte. Ich war damals in der dritten Haftanstalt seit meiner Festnahme.

Zunächst hielt man mich im New Yorker Frauengefängnis fest, dann, nach der Auslieferung an den Staat Kalifornien, im Gefängnis der Marin County und schließlich in einer Einrichtung in Palo Alto, nicht weit von San Jose, wo der Prozeß stattfand. Es war eine kalte, feuchte Zelle, und ich erinnere mich an ihr durchdringendes Grau – sowohl der Farbe als auch der Wirkung nach. Die Zelle war für zwei Gefangene bestimmt, ich konnte die obere und die untere Koje benutzen, weil ich in Einzelhaft gehalten wurde. Da es sich um eine Haftanstalt handelte, in der die Gefangenen übergangsweise festgehalten wurden, gab es dort keine Aufenthaltsräume, keine offenen Korridore oder andere Plätze, wo man sich hätte bewegen, ein paar Schritte gehen, etwas Sport treiben oder mit anderen Insassen zusammensein können. Es existierte nicht einmal ein Besucherraum. Mit anderen Worten: Die Anstalt erzeugte extreme Platzangst. Mitglieder des Nationalen Vereinigten Komitees für die Befreiung von Angela Davis und



Foto: Klaus Steiniger

Angela Davis und der Nationale Vorsitzende der KP der USA, Henry Winston, San Jose, März 1972

jenen Tagen besonders bewegt. Ich wußte von meinen Genossen in der Führung der Kommunistischen Partei und von Menschen, die mit Klaus Steiniger und Horst Schäfer gesprochen hatten, daß unsere Genossen in der DDR eine entschiedene Kampagne mit der Forderung nach Freiheit für mich führten. Als Sonderkorrespondent, den „Neues Deutschland“ entsandt hatte, nahm Klaus Steiniger am Prozeß in San Jose teil und berichtete auch über die Kampagne, die in der ganzen Welt immer mehr Anhänger fand. Es berührte mich mehr, als ich es mir je hätte vorstellen können, als ich die wahren Ausmaße dieser Aktion erfuhr. Wie

aller politischen Gefangenen protestierten gegen diese Haftbedingungen. Das führte dazu, daß mir die Gefängnisaufseher den Zugang zu einer angrenzenden Gummizelle gestatteten. Dieser Ort wurde von den Beamten – ohne einen Anflug von Ironie – als „Suite“ bezeichnet. Aber ich muß zugeben, ich schätzte den Extraraum, auch wenn ich besorgt sah, daß das Loch in der Mitte des Fußbodens, das den Inhaftierten vor mir als Toilette gedient hatte, überfließen und meine Bücher naß werden konnten. In diese Zelle brachte mir einer der diensthabenden Wärter täglich meine Post, die ich immer ungeduldig erwartete.

Gewöhnlich ver- wandte ich mehrere Stunden am Tag auf die Korrespondenz. Zu Beginn meiner Haft war es mir möglich, jeden Brief zu beantworten, aber als die Bewegung dann stärker wurde, hatte der Tag nicht mehr genug Stunden, um den wachsenden Stapel von Briefen zu bearbeiten. Ich bemühte mich, sie alle zu lesen, und versuchte, wenigstens all den Kindern und anderen Gefangenen, die mir ihre Botschaften schickten, zurückzuschreiben. Eines Tages, als ich meine Post durchging, bemerkte ich, daß ich viele Karten mit Solidaritätsbotschaften aus der DDR erhielt. „Freiheit für Angela!“ stand da, und es schien mir,

als seien sie von Kindern geschrieben worden. Die Postkarten waren mit roten Rosen geschmückt, jede anders gezeichnet und Ausdruck der Kreativität jedes einzelnen Kindes, das sie mir geschickt hatte. Ich weiß noch, wie reizend ich es fand, daß mir die Kinder aus der DDR Rosen sandten, die niemals verwelken würden.

Anfangs konnte ich jede der 15 bis 20 eintreffenden Karten in Augenschein nehmen, jeden Tag kamen mehr, dann 100, dann 500, und schließlich erreichten mich die Karten der Kinder so zahlreich, daß sie mir in großen Säcken des U.S. Post Office zugestellt wurden. Zunächst las und genoß ich jede einzelne und versuchte mir vorzustellen, wie das Kind wohl sein mochte, das mir die Karte geschrieben hatte.

Doch dann war es ein solches Übermaß an Karten, daß die Zeit nicht ausreichte, sich mit jeder einzelnen zu beschäftigen, so sehr ich das gewollt hätte. Hunderte, Tausende, dann Zehntausende, ja eine Million herrlicher Rosen! „Eine Million Rosen für Angela.“ Schließlich waren so viele Karten eingetroffen, daß sie an einen anderen Ort gebracht werden mußten. Heute werden sie in den Archiven der Stanford-Universität in Palo Alto aufbewahrt, nicht weit von jenem Gefängnis, in dem ich saß, als die Postkarten eintrafen. Wenn ich an die internationale Kampagne für meine Freiheit zurückdenke, kommt mir die Million Rosen der Schulkinder aus der DDR zuallererst in den Sinn.

Nun, fast 40 Jahre später, bin ich vielen deutschen Frauen und Männern begegnet, die mir berichteten, sie hätten als



Wiederbegegnung von Angela Davis und Klaus Steiniger im Januar 2006 auf einem Empfang in Berlin

Foto: Armin Neumann

Kinder rosengeschmückte Postkarten in das Gefängnis geschickt, in dem ich festgehalten wurde. 2003 besuchte ich Berlin anlässlich der Beisetzung der Asche Herbert Marcuses auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof. Während meines Aufenthalts in der Stadt erzählten mir viele Menschen, sie hätten als Kinder an der Kampagne „Eine Million Rosen“ mitgewirkt. 2005 lud man mich ein, auf der jährlichen Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ zu sprechen. Ich nahm gemeinsam mit meinen Freunden Horst und Itte Schäfer an der Veranstaltung teil. Auch während dieses Besuchs traf ich auf Leute, die als Kinder Postkarten geschrieben hatten und stolz darauf waren, daß diese politische Geste in ihrer Jugend eine wichtige Rolle gespielt hat.

Unlängst hielt ich Vorlesungen an einer Reihe von Universitäten in verschiedenen Gegenden quer durch die USA. Deutsche Emigranten ließen mich wissen, auch sie hätten an der Kampagne „Eine Million Rosen“ teilgenommen. Ich habe Erwachsene überall auf der Welt getroffen, die voller nostalgischer Freude strahlten, als sie mir von ihrer Kindheitserinnerung berichteten, in der Schule eine Postkarte für mich gestaltet zu haben.

Jedes Mal, wenn ich einem dieser Million Kinder von einst begegne, wird mir bewußt, wie wichtig es ist, die historische Erinnerung an das zu bewahren, was die sozialistischen Länder erreichen konnten. In der Tat verdanke ich meine Freiheit jenen Kampagnen, die von den Regierungen der sozialistischen Länder

unterstützt wurden – von der DDR über die UdSSR bis Kuba – und von den kommunistischen Parteien in der ganzen Welt. Aber darüber hinaus täten wir gut daran, uns auf die Errungenschaften der sozialistischen Gemeinschaft der Nationen zu besinnen, wenn wir versuchen, das Eindringen kapitalistischer Interessen in die intimsten Sphären unseres Lebens abzuwehren und hier, in den USA, für grundlegende Rechte kämpfen.

Abschließend möchte ich Klaus Steiniger meine tiefe Dankbarkeit für sein Lebenswerk und seinen Einsatz für die Sache der Freiheit ausdrücken. Ich bin sehr glücklich, daß er als Journalist und Anwalt für weltweite Gerechtigkeit auch mich unterstützt hat. Ich hoffe, daß die Wiederveröffentlichung dieses Buches viele Leser an einen wertvollen Beitrag zur Humanität und Solidarität erinnert.

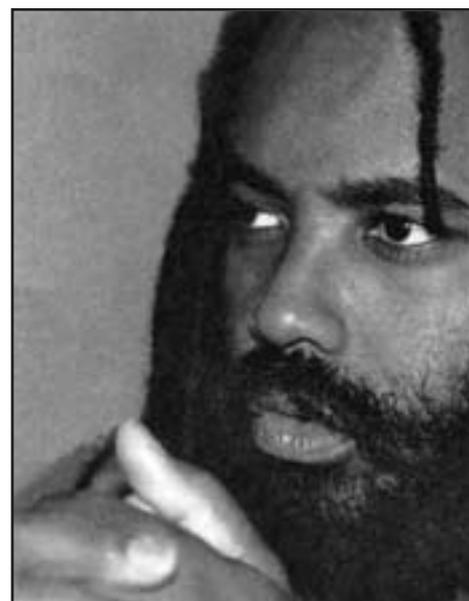
Angela Davis  
November 2009

Das Buch Klaus Steinigers

**Angela Davis.**

**Eine Frau schreibt Geschichte**

192 Seiten inklusive Bildteil, ist soeben im Verlag Neues Leben, Berlin, erschienen und ab sofort unter ISBN 978-3-355-01767-1 für 12,95 € im Buchhandel erhältlich.



Nach der erfolgreichen Schlacht für Leben und Freiheit von Angela Davis vor 38 Jahren müssen wir jetzt alles dafür tun, unseren afroamerikanischen Journalistenkollegen Mumia Abu-Jamal zu retten!

# Der Vorschlag kam von Clara Zetkin

## Vor 100 Jahren wurde in Kopenhagen die Einführung eines Internationalen Frauentags beschlossen

Wenn wir am 8. März den 100. Jahrestag des Beschlusses über die Einführung eines „Internationalen Frauentages“ begehen, dann können wir auf über 100 Jahre Kampf für die Gleichberechtigung der Frau zurückblicken.

Die Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Hälfte der Bevölkerung begann mit der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen. Ein organisierter Kampf für Frauenrechte entwickelte sich jedoch erst im Zeitalter des sich formierenden Kapitalismus. Die Industrialisierung führte dazu, daß Frauen immer stärker in das Erwerbsleben einbezogen wurden.

Mitte des 19. Jahrhunderts forderten fortschrittliche Frauen aus dem Bürgertum ein höheres Maß an wirtschaftlicher und sozialer Selbständigkeit, die Erweiterung der Bildungs- und Berufschancen für das weibliche Geschlecht sowie die juristische und politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Hierbei ragten Bettina von Arnim, Auguste Schmidt und Helene Lange heraus. Die wichtigste Organisation dieser Bewegung war der 1865 gegründete Allgemeine Deutsche Frauenverein.

1878 veröffentlichte August Bebel sein wissenschaftliches Werk „Die Frau und der Sozialismus“. Er unterstrich, daß der Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung „die Befreiung der Frau einschließt, daß es keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter geben kann“. Bebel leitete mit seiner Arbeit eine neue Etappe in der Geschichte der Frauenbewegung ein, die nun bei höherer ideologischer Klarheit zu größerer Kampfbereitschaft gelangte. Ergänzend dazu stellte Clara Zetkin in ihrem Buch „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland“ fest: „Das Beste, was die bürgerliche Frauenbewegung an Vorarbeit für die proletarische Frauenbewegung geleistet hat, ist die Betonung der Bedeutung, die der Berufsarbeit für die Gleichberechtigung der Frau und des Mannes zukommt, ist die damit begründete Forderung politischer Rechte, ist der Kampf gegen altersgraue Vorurteile von der Minderwertigkeit des Weibes.“

Auf dem Erfurter Parteitag nahm die SPD 1891 die Forderung nach aktivem und passivem Wahlrecht für Frauen in ihr Parteiprogramm auf. Im gleichen Jahr erschien die Zeitschrift „Die Arbeiterin“. Unter dem späteren Titel „Gleichheit“ entwickelte sie sich ab Januar 1892 mit Clara Zetkin als verantwortlicher Redakteurin zum Hauptorgan der deutschen und internationalen Frauenbewegung. Besaß die „Gleichheit“ 1892 gerade einmal 2000 Abonnenten,

dann waren es 1913 bereits 140 000. Die „Gleichheit“ lehrte die Frauen, ihre persönlichen und familiären Probleme im gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Den rechtsopportunistischen Führern der SPD paßte dieser Kurs nicht. So entzogen sie Clara Zetkin im Mai 1917 die Redaktion.



Clara Zetkin

Auf ihre Initiative, die von Käthe Duncker und anderen bewußten Revolutionärinnen unterstützt wurde, beschloß die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, die 1910 in Kopenhagen tagte, den 8. März alljährlich unter der Losung „Kampf um Frieden und die Rechte der Frau“ als Internationalen Frauentag zu begehen. 1911 wurde er erstmalig in Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz gefeiert.

1915 organisierte Wilhelm Pieck unter den Berliner Frauen die erste Antikriegsdemonstration. Durch die Novemberrevolution erhielten die Frauen in Deutschland per Dekret des „Rates der Volksbeauftragten“ am 12. November 1918 das aktive und passive Wahlrecht, ohne ihnen damit die volle wirtschaftliche und juristische Gleichstellung zuzubilligen.

Die KPD kämpfte in der Weimarer Republik um die Erhaltung der in der Novemberrevolution errungenen Frauenrechte. 1925 gründete sie den Roten Frauen- und Mädchenbund. 1926 zählte dieser schon 26 000 Mitglieder. Der 1933 an die Macht geputschte Faschismus zerschlug die proletarische Frauenbewegung. Von den Nazis wurden das „Deutsche Frauenwerk“ und die „NS-Frauenschaft“ gegründet. Mit der Gleichschaltung der Frauenorganisationen entzog man den „Volksgenossinnen“ ihr passives Wahlrecht sowie die Zulassung

zur Habilitation an Universitäten und Hochschulen. Der Lohngleichheitsgrundsatz wurde abgeschafft. Antifaschistische Frauen unterschiedlichster Herkunft und Stellung beteiligten sich jedoch am Widerstandskampf gegen die Hitlerdiktatur, um der drohenden Kriegsgefahr zu begegnen. Viele von ihnen bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben. Stellvertretend für alle seien hier die Kommunistinnen Lilo Hermann, Hilde Coppi und Katja Nierdorkirchner sowie die mutige Christin Sophie Scholl genannt.

Nach der Befreiung Deutschlands von der braunen Gewaltherrschaft wurde am 1. November 1945 durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Bildung antifaschistischer Frauenausschüsse genehmigt. In diesen vereinigten sich Frauen aus nahezu allen Volksschichten mit dem Ziel einer demokratischen Neugestaltung des Lebens in Deutschland. Am 8. März 1947 entstand mit dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) in der sowjetischen Besatzungszone die erste einheitliche demokratische Massenorganisation von Frauen in der deutschen Geschichte. Im DFD fanden Vertreterinnen vieler Berufe und Tätigkeiten unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit ein politisch-organisatorisches Betätigungsfeld. In der späteren Volkskammer der DDR verfügte der DFD – auch das war einmalig – über eine eigene Fraktion mit 35 Abgeordneten. In 216 Beratungszentren konnten sich Frauen zu ihren beruflichen und privaten Anliegen für sie wichtige Auskünfte einholen.

In der BRD wurde der DFD erst am 2. April 1950 gegründet. Doch bereits am 10. April 1957 wurde er mit der absurden Begründung, sein Wirken richte sich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung der BRD“ widerrechtlich verboten. Schon damals entpuppte sich der vermeintliche Rechtsstaat als ein Staat mit dem Akzent auf rechts.

In der Verfassung der am 7. Oktober 1949 gegründeten DDR war die Gleichberechtigung der Frau verankert. Alle Gesetze und Bestimmungen, die ihr entgegenstanden, wurden aufgehoben (Art. 7). Der Staat wurde also verfassungsrechtlich verpflichtet, nur solche gesetzlichen Regelungen zu treffen, die gewährleisteten, daß die Frau ihre Aufgaben als Mitglied der Gesellschaft mit ihren familiären Verpflichtungen vereinbaren konnte (Art. 18).

Noch im ersten Jahr des Bestehens der DDR erließ die Volkskammer am 27. September 1950 das „Gesetz über Mutter- und Kinderschutz sowie die Rechte der Frau“. Es brachte einen wesentlichen Fortschritt

bei der Entwicklung und Schaffung eines ganzen Systems von Maßnahmen und Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der werktätigen Frauen und Mütter. Auf seiner Grundlage erließ die Regierung der DDR zahlreiche Verordnungen, die ohne Ausnahme dem Ziel dienten, in Übereinstimmung mit den ökonomischen Möglichkeiten und den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus den Frauen zu helfen, selbst an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stärker teilzunehmen, ihre Talente und Fähigkeiten zu entfalten. Da sich die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich nicht im Selbstlauf ergab, wurde auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 nochmals eindringlich darauf hingewiesen, die alten Zöpfe abzuschneiden und der Rolle der Frau mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Kommuniqué des SED-Politbüros „Die Frauen, der Friede und der Sozialismus“ vom 20. Dezember 1965 wurde dann der bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau erreichte Stand gründlich analysiert. Man erarbeitete Vorschläge, um diesen Prozeß zu beschleunigen und den jeweiligen Erfordernissen anzupassen. Noch vorhandene Elemente fehlender Chancengleichheit sollten überwunden werden.

U. a. ging es um die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und ihren Einsatz in verantwortlichen Positionen. Dazu wurde eine entsprechende Anordnung von der Regierung erlassen. Die Lernbedingungen gestaltete man so, daß Frauen neben ihrer Berufstätigkeit und der Erfüllung familiärer Pflichten ein intensives Studium betreiben konnten. Mit Beschluß vom 15. Juli 1967 wurden u. a. spezielle Frauensonderklassen gebildet. Im Gesetz über das einheitliche Bildungssystem vom 25. Februar 1965, im Familiengesetzbuch vom 20. Dezember 1965 sowie in weiteren Beschlüssen wurde den historischen Aufgaben auf der jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe durch Parlament und Regierung Rechnung getragen.

Die sozialpolitischen Verhältnisse hatten sich unterdessen qualitativ weiterentwickelt. Dieser Tatsache wurde durch eine neue Verfassung entsprochen.

An den 1968 geführten öffentlichen Diskussionen über dieses fundamentale Dokument nahmen Tausende und Abertausende Frauen teil.

Von ihnen unterbreitete konstruktive Vorschläge fanden in der sozialistischen Verfassung ihren Niederschlag. Sie erhob die Gleichberechtigung von Mann und Frau zum Verfassungsgrundsatz. Wörtlich hieß es: „Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“ (Art. 21, 24, 38 u. a.)

Stellt man dieser Entwicklung das Entstehen des Grundgesetzes (GG) der BRD gegenüber, dann bekommt man einen plastischen Eindruck davon, was bundesdeutsche Politiker von Beginn an unter Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verstanden haben. Als das GG vom „Parlamentarischen Rat“ erarbeitet wurde, geschah das bekanntlich fernab von den Lebenszentren des Landes und ohne jegliche Beteiligung der Bevölkerung. Das Gremium umfaßte zunächst 63 männliche Mitglieder. Nach hitzigen Debatten wurden schließlich vier Frauen zum „Parlamentarischen Rat“ zugelassen. Auf Antrag von Elisabeth Selbert wurde der Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz) gegen den erbitterten Widerstand des PR-Hauptausschusses in das GG aufgenommen. Im Artikel 117 GG setzte man eine Frist bis zum 31. März 1953. Vor deren Ablauf sollten die gesetzlichen Bestimmungen, die der Frau in der BRD nicht das gleiche Recht wie dem Mann einräumten, aufgehoben werden. Erst ab 1957 wurden dazu nach mehrfachen Anmahnungen in Intervallen gesetzliche Bestimmungen erlassen. Dennoch blieben die Frauen in der Unmündigkeit gegenüber ihren Ehemännern.

Am 9. März 1972 verabschiedete die DDR-Volkskammer das Gesetz „Über die Schwangerschaftsunterbrechung“. Es berechtigte die Frau, selbst darüber zu entscheiden, ob sie ein Kind austragen wollte oder nicht. Einige CDU-Abgeordnete enthielten sich dabei der Stimme.

Im Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. Juni 1977 wurden im 12. Kapitel „die besonderen Rechte der werktätigen Frau und Mutter“ juristisch fixiert.

Angesichts der Tatsache, daß das weibliche Geschlecht in antagonistischen Klassengesellschaften durch die Jahrhunderte entrechtet und diskriminiert war, wobei Frauen der unterdrückten Klassen stets doppelt ausgebeutet und jeglicher Rechte beraubt wurden, trat das unter sozialistischen Bedingungen Errungene um so deutlicher zutage. Erst mit der Errichtung des Sozialismus wurden die objektiven und subjektiven Bedingungen geschaffen, die den Prozeß der Befreiung der Frau, die Beseitigung ihrer Benachteiligung und die Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung ermöglichten. Die schrittweise Überwindung der Folgen, die sich aus der mehr als tausendjährigen Unterdrückung der Frau ergaben, konnte nur über einen langen Zeitraum erfolgen. Diese Entwicklung war in der Endphase des Bestehens der DDR noch keineswegs abgeschlossen.

Das bereits Erreichte wurde 1989/90 durch den zeitweiligen Sieg der Konterrevolution auch auf diesem Gebiet unterlaufen. Mit dem Überstülpen der BRD-Gesetze warf man die Frauen der DDR um eine ganze historische Epoche zurück.

In der Verfassung der DDR war das Recht auf Arbeit z. B. gesetzlich verankert. Nach dem Anschluß an den Staat des deutschen Imperialismus sahen sich die Frauen als erste mit massiver Arbeitslosigkeit

konfrontiert, nachdem die im Auftrag der BRD-Konzerne und unter Kontrolle Horst Köhlers wütende Treuhänder ihre Arbeitsstätten rücksichtslos plattgemacht hatte. Bei der Suche nach einem neuen „Job“ galten DDR-Frauen wegen „Überqualifizierung“ oft als schwer vermittelbar. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit war ohnehin aufgehoben. In der Regel verdienen Frauen jetzt 20 bis 30 % weniger als ihre männlichen Kollegen bei gleicher Tätigkeit. Es geht darum, die weiblichen Staatsbürger weiter unter das Diktat der „3 K“ (Kinder, Küche, Kirche) zu zwingen. Einflußreiche Kreise des katholischen Klerus sind dabei beflissene Helfer.

Die Frauen aus der DDR mußten sich unterdessen an einen neuen Wortschatz gewöhnen. Bezeichnungen wie Freudenhäuser, Leiharbeiter, 1-Euro-Jobs, Armutsatlas, Schuldenatlas, Aufstocker, Studiengebühren, Gammelfleisch u. a. fehlten im Sprachgebrauch wie in der Realität der DDR.

Die Frauen aus dem Osten sammelten inzwischen auch Erfahrungen anderer Art, die der demokratische Rechtsstaat BRD und sein System zu offerieren haben: Zwei-Klassen-Medizin, Zwei-Klassen-Bildung und Zwei-Klassen-Justiz dominieren allenthalben. Schließlich war zu DDR-Zeiten das Nahrungsmittelangebot zwar nicht immer sonderlich attraktiv und abwechslungsreich, aber der Bedarf an Grundnahrungsmitteln konnte stets in ausreichendem Maße in guter Qualität und bezahlbar durch jedermann gedeckt werden. Heute stehen für die „Randgruppen“ der Gesellschaft, unter denen sich besonders auch alleinerziehende Mütter befinden, über 2000 Ausgabestellen der insgesamt 856 Tafeln zur Verfügung, wo man gespendete Lebensmittel mit oftmals abgelassenen Verfallsdaten kostenlos erhalten kann. Wie heißt es doch so schön in Artikel 1 des GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

„Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt ermessen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts“, konstatierte Karl Marx.

In der zweiten Strophe der DDR-Nationalhymne wurde die Forderung erhoben, „daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“. In 40 Jahren DDR konnten sich die Mütter darauf verlassen, daß ihre Söhne nicht gegen andere Völker in den Krieg ziehen würden. Heute „verteidigt“ die Bundeswehr „die Sicherheit der BRD in Afghanistan“. Überproportional viele ostdeutsche Soldaten sind in diesem unseligen Gemetzel bisher gefallen. Wofür?

In seinem 1798 verfaßten Gedicht „Würde der Frauen“ schrieb Friedrich Schiller „Ehret die Frauen! Sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben.“

**Joachim Zappe, Eggersdorf**